


Niederschrift

der Sitzung des Ausschusses für öffentliche Ordnung, Sicherheit und Ortsteile am 26.09.2017

Sitzungsort:	Rathaus, Raum 244, Fischmarkt 1, 99084 Erfurt
Beginn:	17:00 Uhr
Ende:	18:53 Uhr
Anwesende Mitglieder des Ausschusses:	Siehe Anwesenheitsliste
Abwesende Mitglieder des Ausschusses:	Siehe Anwesenheitsliste
Sitzungsleiter:	Herr Horn
Schriftführer/in:	

Tagesordnung:

		Drucksachen- Nummer
I.	Öffentlicher Teil	
1.	Eröffnung und Begrüßung	
2.	Änderungen zur Tagesordnung	
3.	Genehmigung der Niederschrift aus der Sitzung vom 22.08.2017	
4.	Dringliche Angelegenheiten	
4.1.	Dringliche Informationsaufforderung - Gerätehaus der Frei- willigen Feuerwehr Hochheim BE: Fragesteller Herr Frenzel, Fraktion SPD hinzugezogen: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau, Verkehr und Lie- genschaften	1943/17

5.	Verweisungen von Anfragen des Stadtrates vom 06.09.2017	
5.1.	Hochwasserschutz BE: Fragesteller Herr Staufenbiel, Fraktion CDU hinzugezogen: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau, Verkehr und Liegenschaften	1453/17
5.2.	Neuer mobiler Blitzer BE: Fragesteller Herr Panse, Fraktion CDU hinzugezogen: Beigeordneter für Bürgerservice, Sicherheit und Wirtschaft	1454/17
5.2.1.	Festlegung aus der öff. Sitzung des StR vom 06.09.2017 zum TOP 6.2.8 (DS 1454/17 - Neuer mobiler Blitzer) - Nachfragen BE: Fragesteller Herr Panse, Fraktion CDU hinzugezogen: Beigeordneter für Bürgerservice, Sicherheit und Wirtschaft	1883/17
5.3.	Wartehallen an Haltestellen BE: Fragesteller Herr Hagemann, Fraktion CDU hinzugezogen: Beigeordneter für Bürgerservice, Sicherheit und Wirtschaft	1473/17
5.3.1.	Festlegung aus der öff. Sitzung des StR vom 06.09.2017 zum TOP 6.2.11 (DS 1473/17 - Wartehallen an Haltestellen) - Nachfragen BE: Fragesteller Herr Hagemann, Fraktion CDU hinzugezogen: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau, Verkehr und Liegenschaften	1888/17
5.4.	Starkregenereignisse BE: Fragestellerin Frau Walsmann, Fraktion CDU hinzugezogen: Beigeordnete für Umwelt, Kultur und Sport	1517/17
5.5.	Feuerwehrgerätehaus Ilversgehofen BE: Fragesteller Herr Frenzel, Fraktion SPD hinzugezogen: Beigeordneter für Bürgerservice, Sicherheit und Wirtschaft	1550/17
5.6.	Zeiten für Spiele von FC Rot-Weiß Erfurt BE: Fragesteller Herr Kallenbach, Fraktion CDU hinzugezogen: Beigeordneter für Bürgerservice, Sicherheit und Wirtschaft	1590/17

- 5.7. Einwohneranfrage nach § 10 GeschO **1670/17**
 Digitale Verwaltung
 BE: Einwohner, Beigeordneter für Bürgerservice, Sicherheit und Wirtschaft
- 5.8. Kontrolle der Abfallentsorgung im Stadtgebiet **1762/17**
 BE: Fragesteller Herr Kemmerich, Fraktion FREIE WÄHLER/FDP/PIRATEN
 hinzugezogen:
 Beigeordnete für Umwelt, Kultur und Sport
- 5.9. Westtribüne Multifunktionsarena **1787/17**
 BE: Fragesteller Herr Hose, Fraktion CDU
 hinzugezogen:
 Beigeordnete für Umwelt, Kultur und Sport
 Geschäftsführer Arena Erfurt GmbH
 Vertreter FC Rot-Weiß Erfurt e. V.
6. Festlegungen des Ausschusses
- 6.1. Vertagung vom 28.03.2017/ 16.05.2017 **0420/17**
 Festlegung aus der öffentlichen Sitzung OSO vom 21.02.2017 - TOP 7.1. Information zum aktuellen Bearbeitungsstand der Beschlüsse zum Hochwasserschutzkonzept Linderbach ... (Drucksache 2361/16) - hier: Zusammenarbeit mit Gemeinden
 BE: Beigeordneter für Bürgerservice, Sicherheit und Wirtschaft
- 6.1.1. Vertagung vom 16.05.2017 **0679/17**
 Festlegung aus der öffentlichen Sitzung OSO vom 28.03.2017 - TOP 6.3. ... Hochwasserschutzkonzept Linderbach ... (Drucksachen 2879/15, 2361/16, 0420/17) - hier: technische Prüfung Sirenenanlagen
 BE: Beigeordneter für Bürgerservice, Sicherheit und Wirtschaft
- 6.2. Festlegung aus der öffentlichen Sitzung OSO vom 22.08.2017 - TOP 5.2., 5.2.1. Einwohneranfrage nach § 10 GeschO Sauberkeit in der Stadt Erfurt (Drucksachen 0812/17, 1199/17) **1728/17**
 BE: Einwohnerin, Beigeordneter für Bürgerservice, Sicherheit und Wirtschaft
7. Informationen

- | | | |
|------|---|----------------|
| 7.1. | Vertagung vom 17.05.2016/ 06.12.2016/ 16.05.2017
Bürgerhauskonzeption
BE: Beauftragter für Ortsteile und Ehrenamt | 0877/16 |
| 7.2. | Durchführung DWA-Audit "Hochwasser - wie gut sind wir
vorbereitet?"
BE: Leiter des Umwelt- und Naturschutzamtes | 1640/17 |
| 7.3. | Sonstige Informationen | |

I. Öffentlicher Teil

Drucksachen-
Nummer

1. Eröffnung und Begrüßung

Der Vorsitzende des Ausschusses für öffentliche Ordnung, Sicherheit und Ortsteile, Herr Horn, eröffnete die öffentliche Sitzung und stellte die form- und fristgemäße Einladung sowie Beschlussfähigkeit fest.

2. Änderungen zur Tagesordnung

Der Vorsitzende des Ausschusses für öffentliche Ordnung, Sicherheit und Ortsteile, Herr Horn, stellte die:

Drucksache 1943/17 – Dringliche Informationsaufforderung – Gerätehaus der Freiwilligen Feuerwehr Hochheim – zur dringlichen Aufnahme in die Tagesordnung zur Abstimmung:

bestätigt Ja 8 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

Somit erfolgte eine Behandlung der Drucksache 1943/17 unter TOP 4.1.

Weiterhin schlug der Vorsitzende vor, die nachfolgend benannten Tagesordnungspunkte, aufgrund der eingeladenen Gäste, vorzuziehen und nach dem Tagesordnungspunkt TOP 4.1. zu behandeln:

- Tagesordnungspunkt TOP 5.7 (Drucksache 1670/17)
- Tagesordnungspunkt TOP 5.9 (Drucksache 1787/17)
- Tagesordnungspunkt TOP 5.6 (Drucksache 1590/17)
- Tagesordnungspunkt TOP 6.2 (Drucksache 1728/17)

Zur geänderten Tagesordnung gab es keinen Widerspruch.

Herr Hose, Fraktion CDU, beantragte als Vertreter für Herrn Hagemann, Fraktion CDU und ehrenamtlicher Beigeordneter, die Vertagung des Tagesordnungspunktes 5.3. (Drucksache 1473/17) sowie des Tagesordnungspunktes 5.3.1. (Drucksache 1888/17).

Hiergegen erhob sich ebenfalls kein Widerspruch.

Weitere Anträge zur Änderung der Tagesordnung wurden nicht gestellt.

3. Genehmigung der Niederschrift aus der Sitzung vom
22.08.2017

genehmigt Ja 8 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

4. Dringliche Angelegenheiten

- 4.1. Dringliche Informationsaufforderung - Gerätehaus der 1943/17
Freiwilligen Feuerwehr Hochheim
BE: Fragesteller Herr Frenzel, Fraktion SPD
hinzugezogen:
Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau, Verkehr und
Liegenschaften

Der Fragesteller, Herr Frenzel, Fraktion SPD, bedankte sich für die Stellungnahme. Nachfragen gab es keine.

zur Kenntnis genommen Ja 0 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

5. Verweisungen von Anfragen des Stadtrates vom
06.09.2017

- 5.1. Hochwasserschutz 1453/17
BE: Fragesteller Herr Staufenberg, Fraktion CDU
hinzugezogen:
Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau, Verkehr und
Liegenschaften

Die Drucksache wurde nach dem TOP 6.2. behandelt (vgl. TOP 2.).

Der anwesende Ortsteilbürgermeister Kerspleben – Herr Henkel – fragte an, wie viele Mitarbeiter direkt für die Reinigung und Überwachung der Flussläufe durch die Verwaltung abgestellt werden.

Der Vertreter Garten- und Friedhofsamtes informierte, dass für die reine Gewässerunterhaltung derzeit vier Mitarbeiter zusätzlich eingeteilt wurden. Er ergänzte, dass ab Oktober 2017 eine weitere Stelle im Ingenieurbereich der Fachabteilung besetzt werden konnte.

zur Kenntnis genommen

5.2. Neuer mobiler Blitzer

1454/17

BE: Fragesteller Herr Panse, Fraktion CDU

hinzugezogen:

Beigeordneter für Bürgerservice, Sicherheit und Wirtschaft

Es erfolgte eine gemeinsame Behandlung der Drucksache 1454/17 und 1883/17, TOP 5.2.1.

Der Vorsitzende des Ausschusses für öffentliche Ordnung, Sicherheit und Ortsteile, Herr Horn, wies darauf hin, dass nicht alle Fragen zufriedenstellend beantwortet wurden. Eine Erläuterung, unter welchen Aspekten die Standorte des "Panzerblitzers" ausgewählt wurden, fehlte.

Der Vertreter des Bürgeramtes erläuterte, welche Gesichtspunkte bei der Auswahl der Standorte mit eingeflossen sind. Vielmehr würden nicht nur Unfallschwerpunkte zur Überwachung ausgewählt werden, sondern auch Bereiche, welche wegen Lärmschutz oder Umweltverschmutzung auffällig sind. Aus diesem Grund erstreckt sich die Überwachung über das "gesamte Stadtgebiet". Für den Bürger soll erkennbar sein, dass überall eine Beobachtung erfolgen kann, also auch dort, wo überwiegend "fließender" Verkehr zu beobachten ist. Vielmehr soll durch die ständig wechselnden Standorte auch keine Gewohnheit beim Autofahrer eintreten.

Herr Panse, Fraktion CDU, dem einvernehmlich das Rederecht erteilt wurde, fragte an, wann mit einer Entscheidung zu rechnen ist, ob eine dauerhafte Anschaffung des "Panzerblitzers" erwägt wird. Er ergänzte, ob bereits jetzt eine Tendenz zu erkennen sei, ob dann eher ein Kauf oder eine Miete erwogen wird.

Der Vertreter des Bürgeramtes teilte mit, dass die Testphase bis zum Ende der 40. Kalenderwoche läuft und danach eine Auswertung der gesammelten Daten durchgeführt wird. Erst danach kann eine Entscheidung getroffen werden und ggf. Kostenplanung erfolgen. Grundlegend würde dann eine Ausschreibung/ Marktforschung durchgeführt werden, bei welcher die Vor- und Nachteile von Kauf oder Miete berücksichtigt werden müssen. Es sei jedoch zu beachten, dass das derzeit getestete Gerät das einzige ist, welches gleichzeitig in beide Fahrtrichtungen Messungen durchführen kann. Es sind momentan zwei Anbieter bekannt, welche dieses Gerät anbieten.

Der Ausschuss einigte sich indes auf folgende Festlegung:

Drucksache 2041/17	Die Ausschussmitglieder bitten – neben der geplanten Kosten-Nutzenbewertung nach der Testphase – ebenfalls um eine verkehrssicherheitsspezifische Auswertung bzgl. der gesammelten Daten des mobilen "Panzerblitzers" (semistationären Geschwindigkeitsmessanlage). Dies wurde durch den Mitarbeiter des Bürgeramtes zugesichert. T: 07.11.2017 V: Beigeordneter für Bürgerservice, Sicherheit und Wirtschaft
-------------------------------	--

Herr Hose, Fraktion CDU als Vertreter von Herrn Hagemann, Fraktion CDU, warf ein, dass seiner Ansicht nach fiskalische Aspekte bei der Auswahl der Standorte eine übergeordnete Rolle spielen bzw. die Standorte willkürlich ausgewählt wurden.

Herr Frenzel, Fraktion SPD, entgegnete, dass jedem Straßenverkehrsteilnehmer klar sein muss, dass eine vernünftige Fahrweise jederzeit, egal an welchem Ort, notwendig ist.

Durch den Ortsteilbürgermeister Kerspleben, Herrn Henkel, wurde bemängelt, dass die Ortsteile seiner Beobachtung nach nicht ausreichend mit in die Planung eingebunden worden bzw. dort nur zu Zeiten Messungen durchgeführt werden, die den Präventivcharakter vermissen lassen. Herr Czentarra, Fraktion DIE LINKE., empfahl auch Kontrollen in der Tempo-30-Zone in der Scharnhorststraße.

Durch den Vertreter des Bürgeramtes wurde abschließend ergänzt, dass auch Bürgerbeschwerden Gründe für die Auswahl von Standorten waren. Dem Bürger soll zu jederzeit das Gefühl gegeben werden, dass aufgrund von Hinweisen und Beschwerden auch Taten durch die Verwaltung folgen und der Bürger sich somit auch ernst genommen fühlt. Die von den Ausschussmitgliedern vorgebrachten Empfehlungen werden berücksichtigt.

zur Kenntnis genommen

- 5.2.1. Festlegung aus der öff. Sitzung des StR vom 06.09.2017 zum TOP 6.2.8 (DS 1454/17 - Neuer mobiler Blitzer) - Nachfragen** **1883/17**
BE: Fragesteller Herr Panse, Fraktion CDU
hinzugezogen:
Beigeordneter für Bürgerservice, Sicherheit und Wirtschaft

Siehe TOP 5.2.

zur Kenntnis genommen

- 5.3. Wartehallen an Haltestellen** **1473/17**
BE: Fragesteller Herr Hagemann, Fraktion CDU
hinzugezogen:
Beigeordneter für Bürgerservice, Sicherheit und Wirtschaft

Siehe TOP 2.

vertagt

WV: 07.11.2017

- 5.3.1. Festlegung aus der öff. Sitzung des StR vom 06.09.2017 zum TOP 6.2.11 (DS 1473/17 - Wartehallen an Haltestellen) - Nachfragen 1888/17
BE: Fragesteller Herr Hagemann, Fraktion CDU
hinzugezogen:
Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau, Verkehr und Liegenschaften

Siehe TOP 5.3.

vertagt

WV: 07.11.2017

- 5.4. Starkregenereignisse 1517/17
BE: Fragestellerin Frau Walsmann, Fraktion CDU
hinzugezogen:
Beigeordnete für Umwelt, Kultur und Sport

Nachfragen gab es keine.

zur Kenntnis genommen

- 5.5. Feuerwehrgerätehaus Ilversgehofen 1550/17
BE: Fragesteller Herr Frenzel, Fraktion SPD
hinzugezogen:
Beigeordneter für Bürgerservice, Sicherheit und Wirtschaft

Den Mitgliedern der Freiwilligen Feuerwehr Ilversgehofen wurde einvernehmlich das Wort erteilt.

Die Kameraden berichteten über die Schwierigkeiten, welche sich in den letzten Jahren durch den Standort – Am Fuchsgrund – ergeben hätten. Grundlegend teilten sie mit, dass sich aufgrund des mangelnden Platzangebotes im derzeitigen Gerätehaus die Unterbringung der technischen Anlagen als kompliziert darstelle. Auch würden sich die Beschwerden wegen Lärm- und Lichtbelästigungen beim Ausrücken der Löschzüge ab den Abendstunden durch Anwohner rund um das Feuerwehrhaus häufen. Da sich das Gerätehaus mitten in einem Wohngebiet befindet, käme es leider auch häufiger zu "Falschparkern", welche die Zufahrt zur Feuerwehr derart versperren, dass teilweise unnötig lang rangiert werden muss, um die Fahrzeuge wieder ordnungsgemäß abzustellen.

Durch die Kameraden wurde angefragt, ob eine Verlegung des Gerätehauses in die Mühlhäuser Straße (alter Kindergarten) erfolgen könnte. Zum einen seien keine Beschwerden mehr wegen Lärm- und Lichtbelästigungen zu erwarten, da sich an diesem Standort eine Schule und ein Autohaus befindet, welche ab den Abendstunden und an Wochenenden nur teilweise oder überhaupt nicht besetzt sind. Außerdem würde die direkte Nähe zum Kreisverkehr indes ein schnelles und effektives Ausrücken der Löschfahrzeuge ermöglichen.

Durch den Leiter des Amtes für Brandschutz, Rettungsdienst und Katastrophenschutz, Herrn Bauer, wurde erläutert, dass eine Standortprüfung – im direkten Umfeld Ilversgehofen – negativ verlaufen sei. Es stehen dort keine Örtlichkeiten zur Verfügung, welche die notwendigen Eigenschaften besitzen, um eine Unterbringung der Freiwilligen Feuerwehr Ilversgehofen zu ermöglichen. Aus diesem Grund würde dem Vorschlag der Kameraden gefolgt und die Möglichkeit der vorgeschlagenen Standortverlegung mit in die Planung einbezogen werden. Es sei jedoch zu beachten, dass bereits für die notwendige Bauvoranfrage ca. 15.000,00 EUR an Mitteln aufgebracht werden müssen. Dies stelle außerdem noch keine Sicherheit dar, dass der angedachte Standort auch geeignet ist.

Weiter wurde bekannt gegeben, dass der Fördermittelantrag für den Neubau des Gerätehauses bis spätestens 30.09.2018 beim Landesverwaltungsamt gestellt werden muss.

Der ehrenamtliche Beigeordnete, Herr Hagemann, erkundigte sich, ob bereits vorab geklärt wurde, dass sich das Grundstück Mühlhäuser Str. auch in städtischem Eigentum befindet.

Herr Bauer erklärte, dass sich seinem Wissen nach das Grundstück im Eigentum der Stadt befindet.

zur Kenntnis genommen

- | | | |
|-------------|---|----------------|
| 5.6. | Zeiten für Spiele von FC Rot-Weiß Erfurt | 1590/17 |
| | BE: Fragesteller Herr Kallenbach, Fraktion CDU | |
| | hinzugezogen: | |
| | Beigeordneter für Bürgerservice, Sicherheit und Wirtschaft | |

Siehe TOP 2. Eine Behandlung der Drucksache erfolgte nach dem TOP 5.9.

Herr Hose, Fraktion CDU, fragte beim anwesenden Präsidenten des Vereins FC Rot-Weiß Erfurt e.V., Herrn Rombach, dem einvernehmlich das Rederecht erteilt wurde nach, ob durch die Vereine eine Einflussnahme auf den Deutschen Fußballbund bzgl. der Spielplanung möglich ist.

Herr Rombach teilte mit, dass durch die Vereine Wünsche geäußert werden können, aber im seltensten Fall auf diese Rücksicht genommen werden kann. Lediglich ein "Verschieben" von geplanten Freitagsspielen auf Samstag kann im Einzelfall ermöglicht werden. In die-

sem speziellen Fall hätte dies die Einschränkungen für Anwohner und die entstanden Verkehrsprobleme seiner Ansicht nach nicht verhindert.

zur Kenntnis genommen

5.7. Einwohneranfrage nach § 10 GeschO 1670/17
Digitale Verwaltung
BE: Einwohner, Beigeordneter für Bürgerservice, Sicherheit und Wirtschaft

Siehe TOP 2.

Die Behandlung des Tagesordnungspunktes erfolgte nach dem TOP 4.1.

Gegen das Rederecht des eingeladenen Bürger erhob sich kein Widerspruch.

Der Einwohner bat um Auskunft, was die zuständigen Mitarbeiter der Stadtverwaltung Erfurt unternehmen, um eine Digitalisierung der Verwaltung zu fördern. Speziell hinterfragte er die Bemühungen wegen der Registrierung zur Online-Ausweisfunktion, für einen gesicherten Online-Rechtsverkehr.

Der Vertreter des Bürgeramtes informierte den Einwohner, dass durch die Mitarbeiter z. B. bei der Aushändigung des neuen Personalausweises ebenfalls ein Formblatt übergeben wird, in welchem detailliert die neuen Funktionen beschrieben werden.

Der Ausschussvorsitzende erkundigte sich beim Vertreter des Bürgeramtes über die Resonanz bei den Bürgern bzgl. der Online-Ausweisfunktion, insbesondere wie viele Registrierungen es seit der Einführung gegeben hat.

Der Vertreter des Bürgeramtes erklärte, dass keine genauen Zahlen bekannt sind, wie viele Freischaltungen es bis jetzt gab.

Durch den Einwohner wurde angefragt, aus welchem Grund z. B. noch keine digitale Gewerbeanmeldung möglich ist.

Der Vertreter des Bürgeramtes klärte auf, dass aufgrund der Gesetzgebung einer Digitalisierung der Verwaltung noch Grenzen gesetzt sind. Somit darf die Verwaltung nicht eigenmächtig über eine Digitalisierung einzelner Bereiche entscheiden. Eine Gewerbeanmeldung gehört unter anderem zu den Anträgen, welche grundsätzlich noch persönlich eingereicht werden müssen. Er ergänzte, dass z. B. aufgrund der Einführung des "besonderen elektronischen Anwaltspostfaches – kurz beA" bei den Thüringer Justizbehörden zum 01.01.2018, eine elektronische Zuarbeit der Verwaltung gegenüber den Justizbehörden unentbehrlich wird. Somit werden in Zukunft Schritt für Schritt weitere Funktionen hinzukommen.

Durch den Ausschussvorsitzenden wurde hinterfragt, welche genauen Funktionen bereits mit der Online-Ausweisfunktion möglich sind und ob eine regelmäßige Prüfung durch die Verwaltung durchgeführt wird, welche weiteren Funktionen rechtskonform möglich wären.

Der Vertreter des Bürgeramtes erläuterte beispielhaft, welche Antragsformulare bereits online eingereicht werden können.

Durch den Einwohner wurde darauf hingewiesen, dass beispielsweise die Einwohneranfragen noch nicht online eingereicht werden könnten und weswegen keine Verwendung von De-Mails für diese Anträge zur Verfügung steht.

Der ehrenamtliche Beigeordnete, Herr Hagemann, erwiderte, dass eine Online-Einreichung einer Einwohneranfrage über E-Mail möglich ist. Er ergänzte, dass die vom Einwohner eingebrachten Hinweise als Anregungen an die betreffenden Stellen weitergeleitet werden und eine Übernahme erfolgt, sobald die Gesetzgebung es zulässt.

zur Kenntnis genommen

- 5.8. Kontrolle der Abfallentsorgung im Stadtgebiet 1762/17**
BE: Fragesteller Herr Kemmerich, Fraktion FREIE WÄHLER/FDP/PIRATEN
hinzugezogen:
Beigeordnete für Umwelt, Kultur und Sport

Auf Nachfragen von Herrn Horn, Ausschussvorsitzender, wie nun zukünftig weiter Verfahren wird, teilte die zuständige Mitarbeiterin des Umwelt- und Naturschutzamtes Folgendes mit: Das Entsorgungsunternehmen wurde um Stellungnahme ersucht. Danach handele es sich um einen Einzelfall, da bei dem Entsorgungstermin ein Leiharbeiter beschäftigt wurde. Es wird derzeit davon ausgegangen, dass sich dieser Fall nicht noch einmal wiederholen wird.

zur Kenntnis genommen

- 5.9. Westtribüne Multifunktionsarena 1787/17**
BE: Fragesteller Herr Hose, Fraktion CDU
hinzugezogen:
Beigeordnete für Umwelt, Kultur und Sport
Geschäftsführer Arena Erfurt GmbH
Vertreter FC Rot-Weiß Erfurt e. V.

Siehe TOP 2. Die Behandlung der Drucksache erfolgte nach dem TOP 5.7.

Durch den Vorsitzenden des Ausschusses für öffentliche Ordnung, Sicherheit und Ortsteile, Herrn Horn, Fraktion CDU, erfolgte der Aufruf der Drucksache und Eröffnung der Diskussion.

Dem anwesenden Geschäftsführer der Arena Erfurt GmbH, Herrn Zaiß, sowie dem Präsidenten des Vereins FC Rot-Weiß Erfurt e. V. (RWE), Herrn Rombach, wurde einvernehmlich das Rederecht erteilt.

Herr Hose, Fraktion CDU, als Vertreter für Herrn Hagemann, Fraktion CDU, richtete an, Herrn Rombach, die Frage, aus welchen Gründen es eine Rücknahme des Antrages auf Freigabe der Westtribüne für das Derby zwischen dem RWE und dem Verein FC Carl-Zeiss Jena e. V. am 09.09.2017 gab bzw. ab wann im Verein Klarheit geherrscht hat, dass eine Freigabe höchstwahrscheinlich durch die Stadtverwaltung verweigert wird. Des Weiteren wurden folgende Fragen an den Vertreter des RWE gerichtet:

1. Wie ist eine weitere Nutzung der Westtribüne in Zukunft geplant?
2. Welche baulichen Veränderungen – in Bezug auf die Sicherheit – sind notwendig, damit eine kontinuierliche Nutzung ermöglicht werden kann.

Herr Rombach teilte mit, dass durch die Stadtverwaltung am Morgen des 08.09.2017 vorab telefonisch mitgeteilt wurde, aus welchen Gründen eine Versagung der Nutzung der Westtribüne offenbar erfolgen muss. Da klar war, dass die vorgebrachten Gründe in der Kürze der Zeit nicht mehr beseitigt werden konnten, fiel am Nachmittag die Entscheidung, den Antrag auf Nutzung der Westtribüne zurückzuziehen.

Herr Rombach ergänzte, dass im Vorfeld Seitens der Stadtverwaltung signalisiert wurde, dass bei entsprechender Beantragung auf Nutzung eine Freigabe erfolgen kann. Die durch die Verwaltung angegebenen Gründe der Versagung waren aus seiner Sicht vollkommen nachvollziehbar. Es ist auch jetzt bereits absehbar, dass die schwierigen Bedingungen für eine Nutzung der Westtribüne auch in der nächsten Saison noch vorliegen werden.

Herr Metz, Fraktion SPD, erwiderte, dass durch die Verwaltung kein generelles Nutzungsverbot ausgesprochen wurde und dies zu beachten sei. Die Schwierigkeiten der Nutzung der Westtribüne ergaben sich in diesem speziellen Fall (Derby) aus Sicherheitsaspekten heraus.

Herrn Panse, Fraktion CDU, wurde einvernehmlich das Rederecht erteilt. Er warf ein, dass die Infrastruktur der Westtribüne eine Nutzung seiner Ansicht nach generell nicht zulässt. Vielmehr bat er um Auskunft mit welchen Mehrkosten zu rechnen ist, um eine Nutzung zu ermöglichen (z.B. mobile Toiletten und Aufstockung der Ordner zur Sicherung wegen Risikospiele/Hochsicherheitsspielen) und durch wen die Kosten zu tragen sind.

Herr Rombach bezifferte den Mehrkostenaufwand mit ca. 4.000,00 EUR bis 5.000,00 EUR pro Spieltag. Er führte weiter aus, dass Kosten für zusätzliche Maßnahmen immer von dem Verein getragen werden müssen, bei welchem das Spiel ausgetragen wird.

Herr Panse hinterfragte, aus welchem Grund bei den Deutschen Leichtathletikmeisterschaften in Erfurt eine Nutzung möglich war. Herr Horn ergänzte die Frage, ob ein Sicherheitskonzept für Risikospiele/ Hochsicherheitsspiele vorliegt. Zugleich stellte er fest, dass offensichtlich von der zuständigen Verwaltungsgliederung kein auskunftsfähiger Vertreter anwesend, worüber er sein Missfallen äußerte.

Herr Rombach erläuterte, dass jede Veranstaltung individuell geplant wird – und bei den Deutschen Leichtathletikmeisterschaften seiner Kenntnis nach andere Sicherheitsvorkehrungen getroffen werden konnten. Da jede Veranstaltung neu ausgearbeitet wird, muss auch das Sicherheitskonzept speziell angepasst werden, um auf die die konkreten Umstände einzugehen. Gerade sog. Hochsicherheitsspiele müssen gemeinsam mit den Polizeibehörden einzelfallbezogen betrachtet werden.

Herr Hose bat um nähere Auskunft, weswegen es bereits bei der Planung des Stadions versäumt wurde, notwendige Sicherheitsaspekte mit zu beachten und was getan wird, damit eine Öffnung der Westtribüne auch für Hochsicherheitsspiele grundlegend ermöglicht wird.

Herr Frenzel, Fraktion SPD, entgegnete, dass beim Bau einer Multifunktionsarena nicht daran gedacht werden muss und kann, dass Zuschauer gefährlich sind bzw. einzelne Personen eine Gefährdung darstellen. Des Weiteren wies er darauf hin, dass bei einem Umbau der Westtribüne auch bereits verwendete Fördermittel berücksichtigt werden müssen. Eine Rückzahlung von Fördermitteln sollte vermieden werden.

Herr Hose warf ein, dass seiner Meinung nach nicht die Hochsicherheitsspiele das Problem sind, sondern vielmehr das Sicherheitskonzept der Multifunktionsarena selbst.

Herr Zaiß, Geschäftsführer der Arena GmbH, ergriff das Wort erläuterte die Gründe für die Zeitverzögerungen bzgl. der Sanierung der Westtribüne. Es kann davon ausgegangen werden, dass ein Umbau der Westtribüne frühestens 2019 erfolgen kann (Fördermittelbindefrist). Er erläuterte seinen Blickwinkel aus Sicht eines Kaufmanns: Sanierung nur bis zu einem bestimmten Betrag; Abriss und Neubau möglicherweise aus kaufmännischer Sicht günstiger. Er verwies weiter auf bisher umgesetzte Maßnahmen, um die Sicherheit in der Multifunktionsarena zu erhöhen, z. B. deutliche Verstärkung von Torriegeln, Austausch des Kiesbodens im Umlauf der Arena.

Der Ausschuss einigte sich im Anschluss an die Diskussion auf folgende Festlegung:

Drucksache 1942/17	<p>1. Unter Bezugnahme auf die Deutsche Meisterschaften der Leichtathletik, die in diesem Jahr stattfanden und bei welcher die Westtribüne genutzt wurde, wurde folgende Frage formuliert:</p> <p>Welche Mehrkosten sind bei den Meisterschaften – für die zusätzlichen Maßnahmen zur Öffnung der Westtribüne (z. B. zusätzliche sanitäre Anlagen) – entstanden und wem worden diese in Rechnung gestellt?</p> <p>2. Weiterhin bat der Ausschuss um Stellungnahme zur Frage, aus</p>
-------------------------------	---

	<p>welchem Grund bei der baulichen Planung des Umbaus des Stadions zur Multifunktionsarena nicht bereits festgestellt wurde bzw. dem Planungsbüro/ Architekten/ Totalübernehmer/der Verwaltung aufgefallen ist, dass das Bauvorhaben nicht mit dem Sicherheitskonzepten der Polizeibehörden vereinbar ist (z.B. Aufstellfläche für Einsatzkräfte bzw. Gefahrenpotenzial wegen Kiesuntergrund).</p> <p>3. Dem Ausschuss sind die konkreten Vorstellungen der Verwaltung vorzulegen, welche Form der baulichen Veränderung/ Umgestaltung der Westtribüne, für die bereits erhaltenen Fördergelder, fördermittelunschädlich ist und wo die finanzielle Grenze für Fördermittelunschädlichkeit liegt, um letztlich auch die Öffnung der Westtribüne dauerhaft, auch bei Risikospielen, zu ermöglichen.</p> <p>Ausdrücklich betonten die Ausschussmitglieder, dass zur kommenden Sitzung eine kompetente Vertretung der zuständigen Verwaltungsgliederung anwesend sein soll. Weiterhin sollen der Vertreter des FC Rot-Weiß Erfurt e.V., der Arena Erfurt GmbH und der Polizei eingeladen werden. Der Ausschussvorsitzende wies jedoch darauf hin, dass die Problematik jedoch in nicht öffentlicher Sitzung besprochen werden soll.</p> <p>Dagegen erhob sich kein Widerspruch.</p> <p>T: 07.11.2017 V: Beigeordneter für Umwelt, Kultur und Sport</p>
--	---

vertagt

WV: 07.11.2017

6. Festlegungen des Ausschusses

- 6.1. Vertagung vom 28.03.2017/ 16.05.2017 0420/17
 Festlegung aus der öffentlichen Sitzung OSO vom 21.02.2017 - TOP 7.1. Information zum aktuellen Bearbeitungsstand der Beschlüsse zum Hochwasserschutzkonzept Linderbach ... (Drucksache 2361/16) - hier: Zusammenarbeit mit Gemeinden
 BE: Beigeordneter für Bürgerservice, Sicherheit und Wirtschaft

Der Tagesordnungspunkt wurde gemeinsam mit TOP 6.1.1. (Drucksache 0679/17) behandelt.

Die Nachfrage des Ausschussvorsitzenden, Herrn Horn, hinsichtlich der technischen Umrüstung und des Ortsteilbürgermeisters Kerspleben, Herr Henkel, in Bezug auf die Unterrichtung der betroffenen Bürger, beantwortete der Leiter des Amtes für Brandschutz, Rettungsdienst und Katastrophenschutz, Herr Bauer, wie folgt:

Drei vorhandene Sirenen wurden umgerüstet und vier neue angeschafft. Die Bürger werden u. a. bei den Funktionsproben über die neuen Töne und die Bedeutung informiert.

zur Kenntnis genommen

- 6.1.1. Vertagung vom 16.05.2017 0679/17**
Festlegung aus der öffentlichen Sitzung OSO vom 28.03.2017 - TOP 6.3. ... Hochwasserschutzkonzept Linderbach ... (Drucksachen 2879/15, 2361/16, 0420/17) - hier: technische Prüfung Sirenenanlagen
BE: Beigeordneter für Bürgerservice, Sicherheit und Wirtschaft

Siehe TOP 6.1.

zur Kenntnis genommen

- 6.2. Festlegung aus der öffentlichen Sitzung OSO vom 1728/17**
22.08.2017 - TOP 5.2., 5.2.1. Einwohneranfrage nach § 10 GeschO Sauberkeit in der Stadt Erfurt (Drucksachen 0812/17, 1199/17)
BE: Einwohnerin, Beigeordneter für Bürgerservice, Sicherheit und Wirtschaft

Siehe TOP 2. Die Behandlung der erfolgte nach dem TOP 5.6.

Der Vorsitzende des Ausschusses für öffentliche Ordnung, Sicherheit und Ortsteile, Herr Horn, ging auf die Stellungnahme der Verwaltung zur Drucksache ein. Seiner Ansicht nach sollten neue Ansätze zur Verbesserung der Sauberkeit verfolgt werden. Es sollten nicht bereits vorhandene Kampagnen wiederverwendet, sondern vielmehr neue Ansatzpunkte gefunden werden. Denn offensichtlich hatten die vorherigen Maßnahmen nicht den erwünschten Erfolg. In der neuen Kampagne sollten auch die Gesundheitsrisiken für Bürgerinnen und Bürger Bestandteil sein. Ebenfalls wurde auch ein Hinweis im Amtsblatt gefordert. Er erhofft sich bei einer neuen Stellungnahme die Beachtung dieser Punkte.

vertagt

WV: 07.11.2017

7. Informationen

- 7.1. Vertagung vom 17.05.2016/ 06.12.2016/ 16.05.2017 0877/16
Bürgerhauskonzeption
BE: Beauftragter für Ortsteile und Ehrenamt

Herr Metz, Fraktion SPD, bat um Sachstandsmitteilung bzgl. der Drucksache 0877/16.

Die Ausschussmitglieder einigten sich aus diesem Grund auf folgende Festlegung:

Drucksache 2043/17	Herr Metz, Fraktion SPD, bat um Sachstandsmitteilung zum beschlossenen Haushaltsbegleitantrag zum Sport- und Funktionsgebäude am Sportplatz im Ortsteil Windischholzhausen. T: 07.11.2017 V: Werkleitung Erfurter Sportbetrieb
-----------------------	--

2044/17	Herr Metz, Fraktion SPD, bat um eine konkrete Aussage, ob der Ausschuss OSO, gem. der Drucksache 0877/16, noch mit der Vorlage einer Bürgerhauskonzeption rechnen kann oder ob die Verwaltung nicht gewillt ist, diese vorzulegen. T: 07.11.2017 V: Beauftragter für Ortsteile und Ehrenamt
---------	---

vertagt

WV: 07.11.2017

- 7.2. Durchführung DWA-Audit "Hochwasser - wie gut sind wir vorbereitet?" 1640/17
BE: Leiter des Umwelt- und Naturschutzamtes

Der Ortsteilbürgermeister Kerspleben, Herr Henkel, hatte eine Nachfrage hinsichtlich der Terminschiene.

Innerhalb der Stellungnahme erfolgte ein Hinweis auf die geänderte Terminkette, was durch den Ausschuss zur Kenntnis genommen wurde, so Herr Horn, Ausschussvorsitzender.

zur Kenntnis genommen

7.3. Sonstige Informationen

Drucksache 2045/17	Aufgrund des Hinweises des Ortsteilbürgermeisters Kerspleben, Herrn Henkel, wird darauf aufmerksam gemacht, dass die Zufahrt zur freiwilligen Feuerwehr Kerspleben gewährleistet sein muss und in diesem Zusammenhang zwar die Umsetzung des 30 km/h-Zone-Straßenschildes erfolgte, aber das Parkverbotsschild noch seinen alten Standort hat. Der Ausschuss bat zur nächsten Sitzung um einen Sachstandsbericht. T: 07.11.2017 V: Beauftragter für Stadtentwicklung, Bau, Verkehr und Liegenschaften
-----------------------	---

Auf die Fragestellung von Herr Frenzel, Fraktion SPD, in Bezug auf Geschwindigkeitskontrollen in der Tempo-30-Zone in der Bukarester Straße bzw. der Moskauer Straße ging der Vertreter des Bürgeramtes ein.

Der Ausschussvorsitzende gab zur Kenntnis, dass am 24.10.2017 eine Sondersitzung des Ausschusses für öffentliche Ordnung, Sicherheit und Ortsteile im Rathaus zum Thema "Sicherheit in Erfurt" stattfinden wird.

gez. Horn
Vorsitzender

gez. 
Schriftführer/in